

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die Piratenfraktion spricht noch einmal Herr Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer!

(Unruhe – Glocke)

Herr Sundermann von der SPD sagte als erster Redner einiges zum Thema. Ich sage Ihnen, Herr Sundermann, die Bundesgesetzgebung ist jetzt in Gang gesetzt. Nordrhein-Westfalen muss sich jetzt positionieren. Die ersten Punkte in diesem Gesetespaket, in diesen Reformvorschlägen wurden bereits aufgeweicht. Die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Sie angesprochen haben, hilft uns nicht weiter. Umweltverträglichkeitsprüfungen sollen Projekte ermöglichen und durchsetzen und sie nicht verhindern.

Frau Schulze Föcking, die direkte Abstimmung brauchen wir jetzt, weil wir jetzt eine Positionierung brauchen. Es gibt kein unbedenkliches Fracking. Es geht nicht nur um wasserkritische Chemie, die bisher eingesetzt wurde, es geht auch um das Flowback, das Lagerstättenwasser, den Wasser- und Flächenverbrauch, den Lärm, die Methanverluste, den CO<sub>2</sub>-Abdruck dieser Technologie.

Ich wollte diese ganzen umweltkritischen Punkte eigentlich nicht mehr erwähnen, aber es ist anscheinend nötig, das noch einmal zu tun.

Frau Brems von den Grünen hat Frau Kraft zitiert, deren Ziel es ist, kein Fracking zu erlauben, solange sie Ministerpräsidentin ist. Davor kann ich aber nur warnen. Bundesrecht bricht Landesrecht. Wenn Sie jetzt ein Fracking-Ermöglichungsgesetz bekommen, dann zerschießt Ihnen das Ihr Moratorium und Ihre Landesgesetzgebung, Frau Kraft, und auch Ihre Wünsche.

Wir müssen uns also jetzt positionieren, frühzeitig, während dieser Gesetzgebungsprozess in Gang ist und nicht danach, wenn es zu spät ist. Die Bürger hier wollen kein Fracking. Das Land braucht kein Fracking.

(Beifall von den PIRATEN)

Der Dialogprozess, der hier mehrfach erwähnt wurde, wird von dieser Bundesgesetzgebung überholt und nicht von unserem Antrag, Herr Minister Remmel. Wir brauchen den rechtssicheren Ausschluss von Fracking, und deshalb brauchen wir jetzt ein Verbot von Fracking. Unser Antrag läuft darauf hinaus, dass Sie sich bitte dafür einsetzen mögen. Ich bitte um Zustimmung. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rohwedder. – Wir sind am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Die Piratenfraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 16/7410** mit großer Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

## **5 Einrichtung einer Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 16/7399 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD hat als Erste Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

(Unruhe – Glocke)

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik genießt in der Zwischenzeit auch in allen gesellschaftlichen und politischen Diskussionen einen hohen Stellenwert, und das nach den vielen Jahren als Nischenthema. Ich will nicht verhehlen, dass es auch einmal einen sozialdemokratischen Kanzler gegeben hat, der von Gedöns gesprochen hat.

Endlich ist es so, dass wir mit dem Thema „Familienpolitik“ mitten in der Gesellschaft, im gesellschaftspolitischen Diskurs angekommen sind. Ich glaube – das kann ich sagen –, es ist auch ein bisschen den engagierten Familienpolitikerinnen und -politikern auf allen politischen Ebenen zu verdanken, dass das in der Zwischenzeit so ist.

Das Politikfeld „Familienpolitik“ genießt auch einen hohen Stellenwert in allen Parteien. Kinder- und Familienpolitik ist – mit unterschiedlichen Ausprägungen – natürlich in der Zwischenzeit auch der Markenkern vieler politischer Diskurse innerhalb der unterschiedlichen Parteien. Unabhängig von der Farbenlehre in den Regierungen auf Landesebene wurde deshalb dementsprechend in den zurückliegenden Jahren für Familien und Kinder viel in die Wege geleitet.

Über manche Förderinstrumente, zum Beispiel die Herdprämie,

(Unruhe – Glocke)

lässt sich zweifellos auch in diesem Haus vortrefflich streiten. Unstrittig ist jedoch, dass mit dem Ausbau der Kita-Betreuungsplätze, dem Elterngeld und

jetzt dem Elterngeld Plus – um nur einige Punkte zu nennen – Maßnahmen geschaffen wurden, um Eltern das Leben in unserer Gesellschaft zu erleichtern. Flankiert wird diese Förderung mit fiskalischen Instrumenten, die sich – bestenfalls – bewährt haben, aber auch den heutigen Familienmodellen nicht mehr wirklich entsprechen.

Doch es bleibt fraglich, ob wir damit den Bedürfnissen von Familien ausreichend gerecht werden. Es ist selbstkritisch zu hinterfragen, ob wir nicht in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft die immer neuen Herausforderungen an Familie, Kinder und Eltern immer wieder mit neuen Diskussionen und mit dem Ringen um Antworten, um Probleme lösen zu können, tatsächlich beantworten müssen.

Wir müssen auch hinterfragen, inwieweit bestehende Angebote tatsächlich von Familien genutzt werden und wie wir es schaffen, dass bereits existierende Angebote noch mehr genutzt werden, ohne dass Eltern das Gefühl bekommen, sie sollen bevormundet werden, sondern sie sollen die Angebote als das verstehen, was sie sind: Unterstützungsleistungen. So wird zum Beispiel das wirklich gute Elternstartprogramm noch nicht in der Form frequentiert, wie wir uns das alle wünschen. Auch beim Elterngeld müssen wir dahinkommen, dass Elternzeit nicht mehr in Haushalten mit Doppelverdienern oder nach dem Einkommen, sondern nach dem Willen und dem Wunsch nach Elternzeit entschieden wird.

Was die Chancen von Kindern betrifft, haben wir bereits im Jahr 2008 eine Enquetekommission gemeinsam erfolgreich abgeschlossen. Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des damaligen Berichts – wie die Versorgung mit U3-Plätzen oder die Abschaffung der Elternbeiträge – bestimmen noch heute unsere politischen Debatten und sind zum Teil auch schon umgesetzt.

Dank dieser Enquetekommission wissen wir, welche Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen erforderlich sind. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen und uns tatsächlich den Familien zuwenden.

Ich glaube, ein Angebot dieser Enquetekommission besteht darin, dass wir die traditionellen Familien- und Weltbilder einem ausgiebigen Faktencheck unterziehen und uns Gewissheit darüber verschaffen, was die Familien in unserem Land tatsächlich brauchen. Allem voran müssen wir mit dieser Enquetekommission die sozialen Milieus betrachten und uns intensiv mit ihnen auseinandersetzen, um ein realistisches Bild vom Lebensalltag von Familien, von Alleinerziehenden, Kindern, Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Einelternfamilien oder Großelternfamilien zu bekommen.

Uns ist klar, dass ein Bild von Familienpolitik ohne den Blick auf Lebensstile, soziale Lage und Wertediskurse in den Milieus unvollständig ist; denn

diese soziologischen Faktoren bestimmen Familien und Jugendliche, und sie bestimmen auch die Art und Weise, wie diese die Instrumente nutzen, die wir Ihnen anbieten.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Punkt für uns ist die Frage nach der Zeit, die die Familienmitglieder miteinander verbringen. Eine weitere wichtige Frage ist, wie die Vereinbarkeit von Familien mit dem Arbeitsleben besser in Einklang gebracht werden kann. Nicht ganz zu Unrecht sprechen heute viele im gesellschaftlichen Diskurs von der Vereinbarkeitslüge. Hier müssen wir die Instrumente, die wir heute haben und die den Familien zur Verfügung stehen, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und hinsichtlich der Frage, wie Familien sie empfinden, kritisch hinterfragen und überprüfen.

Wir wollen noch einen letzten Aspekt einbringen: Jugendliche sind beim Diskurs über Kinderbetreuung und über die Frage, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf hergestellt werden kann, ein bisschen aus dem Blick geraten. Deshalb wollen wir uns neben der Frage nach der Zeit, die Familienmitglieder miteinander verbringen, auch damit auseinandersetzen, wie für Jugendliche mehr Freiräume geschaffen werden können, um selbstbestimmte Wesen in der Gesellschaft zu werden.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Über Familien könnte man lange sprechen. Aber wir haben jetzt zwei Jahre intensiver Diskussionszeit vor uns. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Nun spricht Herr Kollege Kern für die CDU-Fraktion.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU] – Daniel Düngel [PIRATEN]: Beifall schon vorher?)

**Walter Kern<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Die Familie steht unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Dabei müssen wir uns so aufstellen, dass auch die heutigen Familien mit einem stark veränderten Anforderungsprofil unterstützt werden.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)**

Um gute Lösungen zu finden, werden wir uns in dieser Kommission immer wieder die Frage stellen müssen: Was nutzt der Familie?

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Die CDU sieht die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ als eine konkrete Fortsetzung von Leitbildern in Nordrhein-Westfalen, die wir aus der Enquetekommission „Pflege“ in der 14. Legislaturperiode, der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ in der 14. Legisla-

turperiode und der in der 16. Legislaturperiode – also jetzt – arbeitenden Enquetekommission „Demografie“ gewonnen haben. Ich glaube, dass wir daraus wichtige Impulse bekommen.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Papst Franziskus hat in diesen Tagen in einer Rede vor dem Europaparlament eindrucksvoll gemahnt, die Würde des Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen. Der Heilige Vater sagte unter anderem, dass die Stunde gekommen sei, ein Europa aufzubauen, das sich nicht um die Wirtschaft, sondern um die Heiligkeit der menschlichen Person drehe.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist ein wesentlicher Teil dieses Europa. Familie erlebbar zu machen, hat sehr viel mit der Würde des Menschen zu tun. Familie erlebbar zu machen, ist nicht nur eine Zeitmanagementaufgabe. Das wäre zu kurz gesprungen. Nur die kostbare Zeitreserve macht Familie tragfähig. Gerade Familien mit nur einem Elternteil oder Mehrkinderfamilien können ein Lied davon singen. Aber auch Doppelverdiener in Vollzeit mit Kindern müssen in den Fokus genommen werden. Insbesondere Familien mit pflegebedürftigen Verwandten im heimischen Umfeld sind zu unterstützen.

Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, Familie ist kein Modell von gestern, sondern ein Modell von morgen.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Michele Marsching [PIRATEN]: Ein Modell – sehr gut!)

Nach der Shell-Studie ist die Bedeutung der Familie für Jugendliche angestiegen. Fast zwei Drittel der jungen Menschen stellen fest, dass man Familie braucht, um glücklich leben zu können. Familie schützt vor Einsamkeit. Zugenommen hat auch der Wunsch nach eigenen Kindern. Wir, die wir diese Rahmenbedingungen beeinflussen können, haben dafür zu sorgen, dass dieser Lebenswunsch gut gelingen kann.

Deshalb stellen sich einige Fragen: Wie erreichen wir es, dass Familienmitglieder in Nordrhein-Westfalen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Verantwortung füreinander übernehmen können? Wie erreichen wir es, dass Zeit als Leitwährung moderner Familienpolitik durchgesetzt wird? Wie sichern wir echte Wahlfreiheit für die Eltern beim wichtigen Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

(Beifall von der CDU)

Wie erreichen wir familienfreundliche Arbeitszeitgestaltungen? Wie holen wir die Eltern aus ihrer Sandwichfunktion heraus, die insbesondere die Frauen betrifft: Arbeit, Familie, Kinder und Pflege? Wie können sich Männer kompetent hierbei einbringen?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten müssen und können im jeweiligen kommunalen Sozialraum konsequent genutzt werden? Wo liegen Chancen, Familien zu stärken? Welche Rolle können dabei zum Beispiel Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser spielen? Welche Rolle und welche Verantwortung müssen Arbeitgeber übernehmen?

(Beifall von der SPD)

Wie schaffen wir die Balance zwischen Zeitarbeit und Zeitwohlstand? Welche tragende Rolle können wir als Gesetzgeber für die Familien spielen?

Es geht insbesondere um ein gutes Klima für die Familien in Nordrhein-Westfalen. Gerade im lokalen Umfeld liegt hier eine große Verantwortung und bieten sich Lösungschancen. Wir können mit Handlungsempfehlungen aus der Kommission viele Ideen für Nordrhein Westfalen auf den Weg bringen.

Junge Väter wollen heute mehr als bisher für ihre Kinder da sein, und sie bringen sich in Haus- und Erziehungsarbeit regelmäßig ein – mehr als unsere Generation. Ich kann das an meinem Schwiegersohn sehr gut erkennen.

Auch hier liegt ein Schlüssel für gut funktionierende Familie.

Familienbewusste Arbeitszeitmodelle müssen auch durch die Tarifvertragspartner viel selbstverständlicher in die Tarifverhandlungen eingebracht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Achte Familienbericht des Bundes gibt uns hier sehr wertvolle Hinweise. Weiterhin ist die Familie auch der Leistungsträger in der Pflege. Pflege hat immer zwei persönliche Seiten: einen Geber und einen Nehmer. Gerade der familiäre Geber bedarf der ausdrücklichen Unterstützung.

Meine Damen und Herren, die CDU freut sich auf die Arbeit in der Kommission und stimmt dem Einsetzungsbeschluss natürlich mit großer Überzeugung zu. Ich denke, es wird eine lebhafte und interessante Zeit. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Velte das Wort.

**Jutta Velte<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal! Das Einrichten einer Enquetekommission, die sich mit der Zukunft der Familienpolitik in NRW beschäftigt, begrüßen wir sehr. Wir teilen die Ansicht, dass wir uns mit diesem Thema verstärkt beschäftigen müssen.

Unter anderem müssen wir uns mit solchen Fragen beschäftigen, wie Sie sie gerade gestellt haben, Herr Kern: Das Familienmodell ist das Modell von morgen. – Aber welches Familienmodell unterstellen wir eigentlich? Wir haben Regenbogenfamilien, wir haben Mehrgenerationen-Familien, wir haben Ein-Eltern-Ein-Kind-Familien, wir haben Familien, die sich mit dem Thema „Pflege“ beschäftigen usw. Dies wird uns in der Enquetekommission Gott sei Dank und richtigerweise beschäftigen.

Die zweite generelle Frage, mit der wir uns werden beschäftigen müssen, lautet: Kommt das, was wir an politischen Rahmenbedingungen setzen, überhaupt bei den Familien an? Deswegen bin ich sehr gespannt auf die Diskussion über die unterschiedlichsten Frage: über Sozialmilieus, über Familienbilder, die in migrantischen Kulturen geschaffen worden sind und die hier gelebt werden, über Großfamilien und über Regenbogenfamilien.

Ich bin auch gespannt darauf, wie man mit diesen Milieus umgehen kann, wie man Instrumente schaffen kann, die punktgenau da unterstützen, wo Unterstützung gebraucht wird, und die das Familienbild im Sinne der modernen Zeiten fördern – also das Modell von morgen, Herr Kern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als integrationspolitische Sprecherin werde ich mich in dieser Enquetekommission natürlich stark mit der Frage auseinandersetzen wollen, wie es mit der Vielfalt der Familienauffassungen aus migrantischen Kulturen weitergeht, die in unserer Gesellschaft Fuß gefasst haben, in denen es aber auch immer zu Reibungen kommen kann.

Eine weitere wichtige Frage betrifft die Familienarbeit von Frauen, die immer noch die Hauptlast der Familien tragen. Hiermit müssen wir uns aus meiner Sicht noch einmal sehr intensiv beschäftigen. Es kann nicht sein, dass aufgrund eines fehlenden Zeitmanagements insbesondere die Frauen auf Berufstätigkeit verzichten oder in prekäre Arbeitsverhältnisse – wie zum Beispiel eine Halbtagsbeschäftigung – hineingehen, nur weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr hergeben als diese Halbtagsbeschäftigung.

Wir müssen am Zeitwohlstand arbeiten. Wir müssen prüfen, wie wir ein Umfeld schaffen können, in dem Zeit für die Menschen innerhalb der Familie bleibt. Das ist auch schon gesagt worden.

Wir können uns ebenfalls noch einmal intensiv mit dem Thema „Familienarmut“ auseinandersetzen. Es bedeutet eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, Wege zu finden, wie es uns gelingen kann, auch Kindern und Jugendlichen aus besonders armen Familien Zugang zu Bildung und Weiterentwicklung zu verschaffen.

Wir alle freuen uns auf die Enquetekommission. Bevor ich nun meine Rede beende, möchte ich

noch einen kleinen Hinweis geben: Wir streiten uns intensiv über viele Themen: über die Frage der Öffnungszeiten von Kitas, Herr Hafke, oder darüber, wie flexibel etwas sein soll. Ich hoffe, dass wir uns in der Enquetekommission über viele der inhaltlichen Streitpunkte – die haben wir, weil wir alle ein bestimmtes Bild im Kopf haben – so verständigen können, dass Familienpolitik in NRW im Sinne der jüngeren Generation nach vorne entwickelt wird. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner der von Frau Kollegin Velte bereits angesprochene Kollege Hafke. Bitte schön.

**Marcel Hafke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Familienpolitik offenbaren sich derzeit schwierig zu beantwortende persönliche Fragen unserer Zeit: Wie bekommen wir Arbeit, Familie und auch Freizeit miteinander vereinbart? Ist Familiengründung nur auf Kosten von Arbeitszeit und Freizeit möglich? Welche materiellen Folgen hat die Gründung einer Familie?

Wir Liberalen wollen allen Menschen die persönliche Entscheidungsfreiheit darüber geben, ob und wann sie eine Familie gründen. Die Familienpolitik muss daher genau auf dieses Prinzip der Entscheidungsfreiheit ausgerichtet werden. Jedes Lebensmodell ist legitim – darüber hat die Politik nicht zu urteilen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Gründung einer Familie ist in vielen Fällen allerdings nicht ohne staatliche Entlastung möglich. Eine gute Familienpolitik lässt sich dabei aus meiner Sicht anhand von fünf Kriterien messen.

Erstens. Gute Familienpolitik ermöglicht wirtschaftliche Stabilität. Familien benötigen ein ausreichendes Familieneinkommen, das auch nach Eintritt in das Rentenalters soziale Teilhabe ermöglicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wirtschaftliche Stabilität ist die Grundvoraussetzung, damit alle Familienmitglieder die Möglichkeit zu guter Bildung haben, gesund leben können, sozial vernetzt sind und damit eine Wohnung in einem adäquaten Wohnumfeld bezogen werden kann.

Auch die im Antrag hervorgehobene Familienzeit ist von der wirtschaftlichen Stabilität abhängig. Es ist sicherlich die größte Herausforderung der Familienpolitik, Familien so zu entlasten, dass dies alles möglich ist. Das erfordert auch eine gewisse Flexibilität, denn die angesprochenen Unterpunkte werden

sicherlich in unterschiedlichem Ausmaß beansprucht.

Damit einher geht aus meiner Sicht das zweite Kriterium für eine gute Familienpolitik: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieser Punkt betrifft nach wie vor besonders Mütter; denn noch immer wirkt sich das Mutterwerden sehr nachteilig auf den beruflichen Werdegang aus. Die Ursachen für diese Benachteiligung von Frauen müssen endlich beseitigt werden.

Aber nicht nur Mütter, sondern auch ganze Familienformen erleiden Nachteile. Alleinerziehende, Familien mit kleinen Kindern und Familien mit mehreren Kindern sind vor sehr große Herausforderungen gestellt. Gute Familienpolitik ist also drittens so ausgestaltet, dass diese Nachteile ausgeglichen werden.

In der Frühphase des Lebens werden die Weichen für die komplette weitere Biografie gestellt. Kinder müssen daher unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Chancen auf die beste Bildung haben. Gute Familienpolitik zeichnet sich viertens durch eine frühe und gute Förderung der Kinder aus.

Das letzte Kriterium einer guten Familienpolitik ist die Fertilitätsquote. Der Kinderwunsch ist bei vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen vorhanden, wird aber nicht realisiert, weil eine der genannten Bedingungen zu ungünstig ist. Sobald wir in diesem Land endlich Familienpolitik machen, die unsere Familien wirklich entlastet, werden wir auch wieder mehr Kinder in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen haben.

Eine milieuorientierte Bestandsaufnahme, wie Familien ihre Zeit verwenden, ist daher eine sinnvolle Grundvoraussetzung für eine gute Familienpolitik. Die ebenfalls sehr wichtige Prüfung, welche familienpolitischen Förderinstrumente auf Landesebene sich für eine gute Familienpolitik eignen, könnte aber schon längst in Arbeit sein.

(Beifall von der CDU)

Diese Evaluation der familienpolitischen Leistungen ist eine Forderung der FDP, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, noch Anfang dieses Jahres abgelehnt haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist es schade, dass damals diese Chance vertan wurde. Eine solche Evaluation wäre für die Enquetekommission eine hervorragende Grundlage gewesen. Wir plädieren nach wie vor dafür, die Wirksamkeit der familienpolitischen Leistungen in Nordrhein-Westfalen von unabhängigen Gutachtern überprüfen zu lassen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Genau solch eine Evaluation der familienpolitischen Leistungen hat auf Bundesebene bekanntlich schon

stattgefunden. Die Ergebnisse wurden aber von Bundesfamilienministerin Schwesig nicht weiter berücksichtigt. Wir sind daher sehr gespannt, welche Maßnahmen die Enquetekommission vorschlagen wird, und wie die Landesregierung mit den Ergebnissen umgehen wird.

Die FDP-Fraktion wird selbstverständlich und sehr gerne diesem Enquetevorschlag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Düngel das Wort.

**Daniel Düngel (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten über die Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“. Zunächst geht mein Dank an Frau Kollegin Altenkamp bzw. an die gesamte SPD-Fraktion für die Einbringung dieses Enquetevorschlags.

Wir sind – da spreche ich auch für meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen –, erst einmal dankbar dafür, dass diesem – Frau Altenkamp, ich glaube, Sie nannten es eingangs auch schon so – „Nischenthema“ hier eine gewisse Bedeutung zukommt, die ihm übrigens auch zusteht. Das wissen wir als Familienpolitiker selber ganz genau, und die Ministerin natürlich auch.

Einige Fragestellungen sind hier schon aufgegriffen worden; ich will jetzt nicht noch einmal auf alles eingehen. Wir werden ja in der Enquetekommission viel Zeit miteinander verbringen und diese Themen dort diskutieren. Dennoch möchte ich auf den einen oder anderen Punkt zu sprechen kommen.

Ich denke, wir müssen in der Enquetekommission erst einmal über den Familienbegriff an sich reden; darauf ist schon ein paar Mal hingewiesen worden. Reden wir über den klassischen Familienbegriff, der Mutter, Vater, Kind oder mehrere Kinder meint? Reden wir – Frau Velte hatte das eben schon gesagt – dann auch über Regenbogenfamilien etc.? Wir müssen über Alleinerziehende reden. Das steht alles auch im Einsetzungsauftrag dieser Enquetekommission.

Wir Piraten halten dies natürlich für sehr wichtig. Wir setzen uns für eine gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Dies tun wir unabhängig vom gewählten Lebensmodell. Wir wollen die Familien fördern und den Familienbegriff erweitern. Er soll überall da gelten, wo Menschen füreinander da sind, wo Kinder aufwachsen oder wo schwache Menschen versorgt werden müssen.

Wir werden diese Fragen in der Enquetekommission hoffentlich offen behandeln, auch wenn in den unterschiedlichen Parteifarben vielleicht unterschiedliche Interessenlagen vorliegen. Ich bin sehr gespannt, inwieweit wir da zu konsensualen Ergebnissen kommen.

Ein paar Mal erwähnt worden ist hier schon die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich glaube, unter den Rahmenbedingungen, wie wir sie derzeit in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vorfinden, gibt es keine 100%-ige Vereinbarung von Familie und Beruf. Wir haben die Situation, dass beide Ehepartner oder beide Elternteile arbeiten gehen müssen. Da wird es tatsächlich schwierig mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere dann, wenn ich vielleicht einen Arbeitgeber habe, der auf die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht ganz so flexibel reagiert oder reagieren kann.

Wir als Piraten werden auch noch einen anderen Ansatz mit einbringen. Sie wissen, dass wir uns programmatisch auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen. Dieses bedingungslose Grundeinkommen würde diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf zumindest teilweise entspannen können und wäre vielleicht sogar ein Lösungssatz.

Freiräume sind ebenfalls angesprochen worden. Wir haben hier im Land die Aktionen des Landesjugendrings. Das wissen wir als Familien- und Jugendpolitiker ebenfalls alle. Da bin ich ebenfalls sehr gespannt, wie wir die Sichtweise der Kinder und Jugendlichen in diese Enquetekommission einbeziehen können. Neben dem Schwerpunkt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist es wichtig, auch den Aspekt der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzubringen. Es wäre sicherlich spannend, wenn dann auch die Kinder und Jugendlichen in dieser Enquetekommission zu Wort kommen könnten. Da müssen wir schauen, wie wir das hinbekommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die vergangenen Enquetekommissionen sind ebenfalls angesprochen worden, ebenso die laufende Enquetekommission. Ich bin gespannt, wie diese Ergebnisse in die tatsächliche Politik einfließen werden. Es bringt uns nichts, eine Enquetekommission einzurichten, bei der wir am Schluss ein schönes Buch fertig haben mit Ergebnissen, die dann aber nicht in die Politik einfließen. Dies zu vermeiden, ist ein wichtiger Punkt.

Ein Wort noch zum Schluss: Mir ist vorhin beim Durchlesen etwas aufgefallen; und zwar geht es um § 57. § 57 ist jedoch für die Einsetzung einer Enquetekommission nach der alten Geschäftsordnung maßgebend; nach der neuen Geschäftsordnung wäre es § 61. Ich bin Pirat, und ich kann mir diesen Hinweis auf das Formale leider nicht entgehen lassen. Nun weiß ich nicht, wie wir das heilen können.

Mir ist es letzten Endes aber gleich, welcher Paragraph genannt ist. Richtig wäre jedoch § 61.

Ich danke Ihnen jedenfalls. Ich freue mich auf die Arbeit in der Enquetekommission und bin gespannt auf die Ergebnisse. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Schäfer das Wort.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Titel für die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ im vorliegenden Antrag drückt etwas sehr Wichtiges aus: Familienpolitik hat Zukunft, denn sie gestaltet Zukunft. Angesichts des demografischen Wandels trägt der bekannte Satz von Konrad Adenauer, den ich einmal zitieren möchte, leider nicht mehr. Er hat seinerzeit gesagt: Kinder kriegen die Leute immer.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber Familienwunsch und Familiengründung fallen häufig auseinander. Es kommt jetzt darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Familie wieder verstärkt zu einem attraktiven Lebensmodell wird. Wir müssen jungen Menschen Mut machen, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Die Lebensrealität von Familien hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch grundlegend verändert, und es ist wichtig, dass Familienpolitik mit diesen Veränderungen Schritt hält. Denn sie kann nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie die Veränderungen erkennt, reflektiert und gegebenenfalls Neujustierungen vornimmt.

Deshalb begrüße ich den Antrag der SPD-Fraktion sehr. Die Enquetekommission wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Familienpolitik nahe an den Bedürfnissen von Familien dranbleibt.

Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben schon gesagt, dass der Schwerpunkt die Zeit sein soll: Zeit für Familie. Tatsächlich trifft dieses Thema einen wunden Punkt. Fast drei Viertel der Mütter und Väter von Kindern unter 16 Jahren wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie. Zeitstress kann krank machen. Die Eltern, die über gesundheitliche Probleme klagen, geben als häufigste Ursache zeitliche Belastungen an.

Dabei liegen die Ursachen oft auch in der beruflichen Sphäre begründet. Denn in der Arbeitswelt werden Arbeitskräfte bevorzugt, die rund um die Uhr verfügbar sind. Das gilt nicht nur für Fach- und Führungskräfte, sondern das gilt im Einzelhandel, im Pflegebereich, in der Logistik und in vielen anderen Bereichen. Durch die Arbeitsverdichtung und ge-

stiegene Mobilitätsanforderungen ist Arbeit sehr viel anstrengender und stressiger geworden.

Meine Damen und Herren, Betreuung entlastet Familien; aber sie kann Familie nicht ersetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei allen berechtigten Wünschen nach flexibleren Betreuungsangeboten müssen wir das im Blick behalten. Denn wir alle wollen Familie nicht wegorganisieren, wir müssen aber dafür Sorge tragen, dass Familie gelebt werden kann, dass Zeit da ist für gemeinsame Mahlzeiten, für Ausflüge, für gemeinsames Spielen, aber vor allem auch für Gespräche. Und Familie – auch das ist schon betont worden, und das wissen wir aus Untersuchungen – ist für Kinder und Jugendliche von ganz zentraler Bedeutung.

Ich bin daher sehr froh, dass die SPD-Fraktion für den Antrag den Schwerpunkt „Zeitpolitik“ gewählt hat, und ich bin gespannt auf die Ergebnisse. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/7399 – Neudruck – beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/7399 – Neudruck** – einstimmig vom Landtag Nordrhein-Westfalen **angenommen** und die Enquete-Kommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt.

Ich rufe auf:

## **6 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/7383

erste Lesung

In Verbindung mit:

**Rot-grüne Verbotskultur in der Jagdrechtsnovelle schadet Natur- und Tierschutz – die Jagd nicht abschaffen!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/7400

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Remmel zur Einbringung des Gesetzentwurfs als erstem Redner das Wort.

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kabinett hat am 18. November 2014 beschlossen, den Gesetzentwurf zum Ökologischen Jagdgesetz und zur Änderung jagdlicher Vorschriften in den Landtag einzubringen. Diesem Beschluss ist ein langer, über zwei Jahre dauernder Dialogprozess vorangegangen

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU)

und eine ausführliche Befassung im Rahmen der Verbändeanhörung.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Beteiligten auch für die kontroversen Debattenbeiträge und für die konstruktiven, manchmal auch sehr kritischen Hinweise. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen, die bisher daran mitgewirkt haben, übrigens auch in einem begleitenden Arbeitskreis, in dem alle Beteiligten vertreten waren.

Ich hoffe, dass durch die parlamentarische Debatte und den Beratungsprozess das, was wir dort als Gemeinsamkeiten identifiziert haben – ich bin sicher, das sind 80 % bis 90 % dessen, was sich im Gesetz wiederfindet –, stärker in der öffentlichen Wahrnehmung zum Tragen kommt.

(Zurufe von der CDU)

Warum ein Ökologisches Jagdgesetz?

(Zuruf von der CDU: Ein ideologisches!)

Lassen Sie mich die entscheidenden Gründe nennen, die uns dazu bewogen haben, diese Novelle in Angriff zu nehmen. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, aufgrund sich verändernder gesellschaftlicher Herausforderungen geltende normative Vorgaben und Regeln zu überprüfen und – falls nötig – zu novellieren, um sie auf der Höhe der Zeit zu haben und gesellschaftlichen Problemen und Erwartungshorizonten zu entsprechen.

Es geht nicht nur darum, auf der Höhe der Zeit zu sein, sondern in der Perspektive auch daran zu denken: Was wird in zehn Jahren diskutiert und wie wird in zehn Jahren über das, was wir heute entscheiden, gesellschaftlich und politisch gedacht?

Dass es in der Frage des Jagdrechtes und der Jagdpraxis eine gesellschaftliche Diskussion gibt, ist nicht zu leugnen. Wir haben diese Diskussion auch in anderen Bundesländern. In Brandenburg, Baden-Württemberg und Saarland sind entsprechende Gesetze unter ganz anderen Farbenlehren als hier in Nordrhein-Westfalen novelliert worden.